

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage.

Nach Meinung von Herrn Ebbinghaus sind die Kosten, die der BAV durch die Übertragung der Aufgaben der öffentlichen Abfallentsorgung verursacht wird, noch nicht absehbar. Seiner Ansicht nach hat der Beirat auch nicht die Möglichkeit, die Kostenkalkulation des BAV zu ändern, daher ist die Kostenentwicklung nicht einzuschätzen. Die Argumentation für die Übertragung, dass die Durchführung der notwendigen europaweiten Ausschreibung zu kompliziert ist, kann nicht akzeptiert werden. Herr Ebbinghaus ist eher der Meinung, dass das erforderliche Wissen angeeignet werden soll; dies kann dann auch bei weiteren zukünftigen Ausschreibungen dieser Art angewandt werden. Zudem stellt er klar, dass entgegen der Ausführungen im letzten Haupt- und Finanzausschuss seitens der Verwaltung keine Stelle eingespart wird bzw. der Haushalt dadurch nicht entlastet wird. Es erfolgt lediglich die Entlastung eines Mitarbeiters, dessen Gehalt bis dato zum Teil aus den Müllgebühren unmittelbar finanziert wurde. Des Weiteren wird die Arbeit des Beirats nicht öffentlich stattfinden und soll nur den entsprechenden Mitgliedern zur Kenntnis gegeben werden; eine Information des gesamten Stadtrats wird es nicht geben. Abschließend macht er deutlich, dass bei einer heutigen positiven Beschlussfassung sowohl Transparenz als auch die Nähe zur Dienstleistung aufgegeben wird. Die AL-Fraktion appelliert an die Fraktionen noch einmal genau darüber nachzudenken.

Frau Pech-Büttner betont, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag der Verwaltung anschließen wird. Sie macht klar, dass aus den vorliegenden Unterlagen hervorgeht, dass alle Entscheidungskompetenzen beim Beirat liegen.

Herr Ullmann kann dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen, da die Übertragung an den BAV seiner Ansicht nach nicht die beste, sondern nur die einfachste Lösung darstellt. Er spricht sich dafür aus, nicht noch mehr Leistungen und Aufgaben extern zu vergeben.

Herr Viebach stellt fest, dass bei intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema klar wird, dass die Verwaltung nicht dazu in der Lage ist, die notwendige europaweite Ausschreibung vorzunehmen. Durch den Anschluss an den BAV ergibt sich ebenfalls die Möglichkeit, dass aufgrund der gemeinsamen Ausschreibung mit anderen Kommunen, günstigere Konditionen erreicht werden können. Weiterhin ist insbesondere im Hinblick auf die zu erwartenden Änderungen und Neuerungen im Abfallgesetz ein Vorteil in der Zugehörigkeit zum BAV zu erkennen. Aus diesen Gründen wird sich die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag anschließen.

Frau Pizzato erklärt, dass die FDP-Fraktion der Übertragung an den BAV ebenfalls zustimmen wird.

Herr Hoffmann gibt an, dass auch die UWG-Fraktion dem Vorschlag folgen wird.

Auch Herr Stark sieht hier eine kostengünstigere Abwicklung der Abfallentsorgung und gibt an, dass die SPD-Fraktion sich dem Vorschlag anschließen wird.

Herr Ebbinghaus räumt zwar ein, dass die Durchführung einer europaweiten Ausschreibung kompliziert ist, stellt jedoch noch einmal heraus, dass man die daraus resultierenden Erfahrungen zukünftig auch bei anderen Ausschreibungen dieser Größenordnung anwenden kann ohne sich

externer Hilfe bedienen zu müssen. Ebenso hält er die zu erwartenden Einsparungen, die durch den Anschluss an den BAV entstehen sollen, als spekulativ.

Herr Viebach macht abschließend deutlich, dass die Interessen des Bürgers darin liegen, dass die Abfälle zuverlässig abgefahren werden und die Kosten nicht zu hoch sind; dies wird durch die Übertragung an den BAV sichergestellt.

Es folgt nun die Abstimmung.